



Die Augsburger SPD hat gestern ein Flughafen-Ultimatum gestellt: Wenn bis Jahresende der zukünftige Standort – Mühlhausen oder Lagerlechfeld – nicht feststeht, will sie den defizitären Platz in Mühlhausen aus Finanzgründen „zusperrn“. AZ-Bilder: Wall, Wyszengrad

Flughafen: SPD droht mit Aus

„Standortentscheidung muss bis Jahresende fallen, sonst sperren wir in Mühlhausen zu“

Von unserem Redaktionsmitglied
Markus Schwer

Jetzt spitzt sich die Flughafen-Debatte dramatisch zu: Wenn bis Jahresende keine Standort-Entscheidung „Mühlhausen oder Lagerlechfeld?“ fällt, sieht sich die SPD-Stadtführung zum Weiterbetrieb in Mühlhausen finanziell nicht länger in der Lage. „Dann sperren wir zu“, unterstrich Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Schneider gestern gegenüber der AZ wörtlich. Die SPD stellt für die Zukunft Bedingungen: Sollte der Umzug aufs Lechfeld klappen, darf Mühlhausen nicht zum Dorado für Sportflieger werden.

Die SPD-Stadtratsfraktion hat eine Resolution vorgelegt, die morgen auch der Augsburger Parteitag beschließen soll. Darin werden zunächst drei Punkte betont. Erstens: „Schwaben braucht einen zukunftsfähigen Regionalflughafen.“ Zweitens: Die Stadt steht zum Ausbau in Mühlhausen. Drittens: Der Standortprüfung von Lagerlechfeld steht Augsburg „aufgeschlossen“ gegenüber.

Allerdings hat die SPD für das weitere Vorgehen Bedingungen formuliert, um die „Interessen der Stadt Augsburg“ deutlich zu machen, wie Schneider erläutert. Kernpunkt: Bis Jahresende muss die endgültige Entscheidung über den zukünftigen Airport-Standort gefallen sein. „Wir können uns eine Hängepartie nicht länger leisten“, so Schneider. In Mühlhausen sei im vorigen Jahr ein Defizit von 2,4 Millionen Euro eingeflogen worden. Das werde auch heuer wieder so sein, weil sich die wirtschaftliche Situation der Flughafen-GmbH durch die im Frühjahr von Wirtschaftsminister Otto Wiesheu angestoßene Lagerlechfeld-Prüfung und die daraus folgende Unsicherheit weiter verschlechtere.

Die Stadt habe zudem bereits rund 15 Millionen an Vorleistungen für den fertig geplanten und genehmigten Ausbau in Mühlhausen erbracht. Die SPD will nun nicht akzeptieren,



Viel Wind um den Flughafen Mühlhausen. Die Debatte spitzt sich weiter zu.

dass die Verlagerungsdebatte das 32-Millionen-Projekt noch länger auf Eis legt. „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“, begründet Schneider das Ultimatum, bei dem er sich „in voller Übereinstimmung“ mit OB Wengert sieht. Letzterer war gestern nicht mehr erreichbar.

Für die Option „Lagerlechfeld“, sollte sie zum Tragen kommen, hat die SPD-Stadtrats-

fraktion ebenfalls Bedingungen festgelegt. Angesichts der Ängste in der Bevölkerung sei ein Lärmschutzkonzept zwingend. Die Stadt werde die Trägerschaft für den Betrieb des neuen Airports nicht allein übernehmen. „Diese müssen sich alle betroffenen Kommunen und Kreise teilen.“ Wegen der Bedeutung als gesamtschwäbischer Flughafen komme dem Freistaat eine „gesteigerte Bedeutung“ zu, heißt es in der Resolution. Die Staatsregierung müsse die Sache in die Hand nehmen, so Schneider, und sich bei der Investition mit mehr Geld engagieren als mit den für Mühlhausen zugesagten zwölf Millionen Euro.

Absage an Doppelbelastung

Die Verlagerung müsse in möglichst kurzer Zeit – „maximal drei Jahre“ – über die Bühne gehen. Die Stadt dürfe dabei auf ihren Vorleistungen für den Airport-Ausbau und auf dem Defizitausgleich am Ende „nicht sitzen bleiben“. Neben den Lasten seien auch die Vorteile fair aufzuteilen. Deshalb wird ein „interkommunales Gewerbegebiet“ als Einnahmequelle vorgeschlagen. Die Entwicklung von Lagerlechfeld zu einer „dritten Startbahn von München“ müsse ausgeschlossen sein, der Trinkwasserschutz gesichert bleiben.

Nicht zuletzt will die SPD ausschließen, dass Augsburg eine „Doppelbelastung durch zwei zivile Flughäfen“ bekomme. „Der Gesamtlärmpegel darf sich nicht erhöhen“, so Schneider. Mühlhausen dürfe nicht zum Sportfliegerplatz werden. Die SPD schlägt vor, dass Augsburg Airways und Beechcraft den Platz später allein privat betreiben.

Vom Regenbogen begrüßte die FBU die Resolution: „Eine längere Durststrecke halten wir nicht mehr durch“, so Hermann Knipfer. Grünen-Fraktionschef Dieter Ferdinand wollte sich nicht äußern. Für die CSU sagte Johannes Hintersberger: „Von Zusperrn halte ich gar nichts. Wenn bis Jahresende nicht entschieden ist, muss es wieder heißen: Volle Kraft für Mühlhausen.“

INBLICK